

(Berichterstatter Kammerherr Dr. v. Frege-Welzien.)

(A) Demnach lautet der Antrag: die Ständeversammlung wolle sich mit der Herstellung eines vollspurigen Industriegleises im Pöhlbachtale einverstanden erklären und die hierzu erforderlichen Mittel von 165 000 M. bewilligen. Dieser Antrag ist von der jenseitigen Kammer nach eingehender Beratung in der Deputation und Verhandlung im Plenum bewilligt worden.

Im Plenum sind naturgemäß von dem Herrn Referenten auch die Petitionen besonders erwähnt worden, die auf eine schnellere Weiterführung dieses Industriegleises hinzielen. Deren Details werden Sie mir wohl erlassen, da sie ja von der Regierung in Zukunft berücksichtigt werden können, es aber jedenfalls im Augenblicke nicht zeitgemäß erscheint, weiter zu gehen als bis zu dem Punkte an der Plattenmühle.

Ich darf deswegen Ihnen namens Ihrer Deputation vorschlagen:

„Die Kammer wolle in Übereinstimmung mit der zweiten Kammer beschließen:

1. sich mit der Herstellung eines vollspurigen Industriegleises im Pöhlbachtale einverstanden zu erklären und die hierzu erforderlichen Mittel von 165 000 M. zu bewilligen,
2. die eingegangenen Petitionen um Weiterführung dieses Industriegleises bis Königswalde auf sich beruhen zu lassen.“

(B) **Präsident:**

Werden diese Anträge genehmigt?
Einstimmig.

Punkt 12 der Tagesordnung: Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über die Petition des Komitees für Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Großhartmannsdorf nach Pockau-Lengefeld um Erbauung dieser Bahn. (Drucksache Nr. 310.)

(S. M. II. R. 3. Bd. Nr. 79 S. 2845 D.)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Rittergutsbesitzer Dr. Becker.

Berichterstatter Rittergutsbesitzer Dr. Becker: Meine sehr geehrten Herren! Ein Komitee, dem sich die Gemeinden Forchheim, Lippersdorf, Ober-, Mittel- und Niedersaida und Haselbach sowie die Stadt Freiberg angeschlossen haben, bittet wiederum, wie seit langen Jahren, um Erbauung einer vollspurigen Eisenbahn von Großhartmannsdorf nach Pockau-Lengefeld und verweist zur Begründung auf die früher geschilderten ungünstigen Verkehrsverhältnisse und das im Jahre 1900 der Königl. Staatsregierung zugegangene generelle Projekt. Die erbetene Bahn würde das darin investierte Kapital zweifellos höher

verzinsen als die jetzige Sackbahn Freiberg-Großhartmannsdorf. Letztere Linie sei 17 km lang und berühre nur Orte mit zusammen ca. 3400 Einwohnern; die erstrebte Linie sei 18 km lang und würde 7 Orte mit etwa 5600 Einwohnern anschließen. Außerdem würde sich ein lebhafter Durchgangsverkehr von Marienberg und Olbernhau her entwickeln.

Das große Bedürfnis für die Bahn sei daraus zu erkennen, daß die Interessenten nicht nur das erforderliche Areal unentgeltlich abtreten wollten, sondern auch bare Beihilfen bis zu 3000 M. pro km beizutragen bereit seien.

Die Königl. Staatsregierung hat dazu erklärt, daß sie sich schon im Jahre 1908 ausführlich zu der Sache geäußert habe und daß seitdem in den maßgebenden Verhältnissen keine Veränderung eingetreten sei. Es handle sich um eine Bahn von nicht hervorragendem wirtschaftlichen Werte, die bei etwa 20 km Länge 3½ Millionen kosten und bei den ungünstigen Steigungsverhältnissen selbst unter Annahme einer wesentlichen Verkehrssteigerung nicht einmal die Betriebskosten decken würde.

Die Regierung habe sich im Landtage 1909/10 mit der Überweisung zur Kenntnisaufnahme nur deshalb einverstanden erklärt, weil die Petenten außer dem Areal noch namhafte bare Beiträge zugesagt hätten. Es sei inzwischen allerdings eine elektrische Zentrale in Mulda errichtet worden, die auch Strom an das in Frage kommende Gebiet abgebe und somit die Ansiedelung industrieller Unternehmungen befördere, aber für größere Betriebe sei elektrische Kraft zu kostspielig. Größere Unternehmungen würden deshalb dort kaum entstehen. Übrigens werde durch die Zuführung elektrischer Kraft der Kohlenbezug vermindert. Die Regierung könne also ihren Standpunkt nicht ändern, sei aber gern bereit, weitere Erörterungen anzustellen.

Die Deputation der Zweiten Kammer ist der Meinung, daß die Notwendigkeit des Bahnbaues durch die Bereitwilligkeit der Interessenten, hohe bare Beiträge zu leisten, erwiesen sei, und hat deshalb beantragt, um endlich einmal einen Schritt vorwärts zu kommen, die Petition der Regierung teilweise zur Erwägung, teilweise zur Kenntnisaufnahme zu überweisen, und dem hat die jenseitige Kammer auch entsprochen.

Bei den Verhandlungen hat sich der Herr Finanzminister im allgemeinen nicht gerade absprechend zu dem Projekt geäußert, hat aber wiederholt, daß an eine Rente bei der erbetenen Bahn nicht zu denken sei, und